

Die Auswirkungen von Kokain
werden an Fischen statt Ratten getestet **SEITE 16**

Die SVP eröffnet den Kampf
gegen die Energiestrategie 2050 **SEITE 17**

«Die Muslime gehören zur Schweiz»

CVP-Präsident Gerhard Pfister will die Debatte über christliche Werte anheizen, um dem Islamismus etwas entgegenzusetzen

Herr Pfister, man rätselt derzeit, wohin Sie die CVP steuern. Wo verorten Sie die Partei heute, und wo soll sie morgen sein? Wir versuchen, die CVP wieder etwas näher bei der Wirtschaft zu positionieren und auch im wertkonservativen Bereich wieder stärkere Akzente zu setzen.

Sie rutschen also nach rechts.

Nach meinem Gefühl nicht. Wir haben das Zentrum nicht verlassen. Bei der Altersvorsorge etwa haben wir unsere soziale Position eingebracht.

In letzter Zeit fliegen die Fetzen vor allem zwischen der CVP und der FDP. Ist die FDP der richtige Feind für die CVP?

Mit dem Freisinn haben wir die paradoxe Situation, dass er uns inhaltlich am nächsten, aber auch unser direktester Konkurrent ist. Eine unserer Schwächen bisher war, dass wir zu oft reflexartig in Kompromiss-Modus schalteten. Das tut dem Profil der Partei nicht gut. Wir müssen sagen, wofür wir stehen. Das führt dann eben manchmal zu Differenzen mit der FDP.

Viele Wähler haben Sie in den Stammländern aber an die SVP verloren. Müsstent Sie sich nicht von ihr abgrenzen – als konstruktivere, sozialere Alternative?

«Eine unserer Schwächen bisher war, zu oft in Kompromiss-Modus zu schalten.»

Es geht nicht darum, SVP-Wähler zurückzuholen. Das funktioniert nicht. Mit einer christlichdemokratischen Politik können wir hingegen eine Nische füllen, die in der Schweiz noch nicht besetzt ist.

Bisher blieb es in der CVP unter Ihrer Führung ja erstaunlich ruhig. Wann kommt es zum nächsten Flügelkampf? Differenzen wird es immer geben. Wir haben Uneinigkeiten in der Vergangenheit aber oft auf Kosten des Gemeinsamen überbetont. Ich war kürzlich bei der CVP Waadt. Eine Wertedebatte finden die genauso wichtig wie wir Inner-schweizer – und die inhaltlichen Differenzen waren gar nicht so gross.

Welches sind die wichtigsten Werte? Freiheit ...

... und dazu passt das Burkaverbot? Ja, weil es eine Befreiung der Frau bedeutet.

Die Frau muss befreit werden? Ja. Von der Burka.

Auf der einen Seite werden Frauen gezwungen, die Burka zu tragen, auf der anderen Seite zwingt man sie, diese abzulegen. Ist das nicht schizophoren? Nein. Ich glaube, Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind christliche Werte, die die Politik konkretisieren muss.

Man spricht heute wieder vom «christlichen Abendland». Ist dieses Konzept angesichts der Säkularisierung, der Migration, des raschen Wandels der Bevölkerung nicht hoffnungslos veraltet? Nein. Sie unterschätzen die Wurzeln der Säkularisierung. Diese ist ein christliches Verdienst, sie erfolgte in Abgrenzung zum Klerus. Ihre Frage ist Ausdruck der 1990er Jahre. Damals siegte der Kapitalismus über den Sozialismus, euphorisch war vom Ende der Geschichte die Rede – jetzt könne es nur noch besser, schöner und friedlicher werden für alle.



«Das Burkaverbot bedeutet eine Befreiung der Frau», sagt Pfister.

GORAN BASIC / NZZ

Mit anderen Worten: Nicht Sie, sondern wir sind hoffnungslos veraltet?

Ich stelle einfach fest, dass der Westen damals meinte, es gebe nun eine konfliktlose Welt unter seiner kulturellen Dominanz. Man hat unterschätzt, dass es Menschen in gewissen Regionen gibt, die das anders sehen. Und wir sind jetzt, Anfang des 21. Jahrhunderts, plötzlich durch etwas herausgefordert, das uns überrascht hat. Wenn 1990 jemand gesagt hätte, im Jahr 2016 würden religiöse oder pseudoreligiöse Strömungen wieder eine Rolle spielen, hätte ihm niemand geglaubt. Diese Debatte wird an uns herangetragen. Ein Vorwurf dieser

Fundamentalisten an den Westen ist ja: Ihr glaubt an nichts mehr!

Und das einzige Gegengift gegen den Islamismus ist eine christlich fundierte Werthaltung?

Nein. Aber der Islamismus zwingt uns, wieder einen gesellschaftlichen Konsens zu finden, was bei uns gilt.

Also: Was gilt bei uns?

Das ist die schwierige Frage. Das kann man nur in der Diskussion erörtern, in die sich alle Parteien einbringen sollen. Meine Überzeugung ist, dass die CVP hier eine gewisse Kompetenz hat, die wir

ausspielen können. Solche Fragen sind quasi in unseren Genen.

Ist die Herausforderung aber wirklich der Islam an sich? Und nicht die Instrumentalisierung dieser Religion?

Es ist der politische Islamismus, der eine Politik mit den Versatzstücken einer religiösen Ideologie macht.

Und dieser soll stark genug sein, um uns in unseren Grundfesten zu erschüttern?

Er beeinträchtigt zumindest das friedliche Zusammenleben und die Sicherheit in Europa massiv. Darauf muss die Politik eine Antwort finden.

Wird das Thema nicht völlig überbewertet? Nur ein verschwindend kleiner Teil der Schweizer Muslime ist radikal.

Rein quantitativ haben Sie recht. Aber Sie können die Ereignisse in Europa nicht einfach ausblenden. Jeder Schweizer weiss, was in Nizza und Paris passiert ist. Deshalb müssen wir als Politiker schauen, was in Frankreich schiefgelaufen ist, dass es so weit gekommen ist – und was wir in der Schweiz tun müssen, damit es hier nicht passiert.

Wenn man einen Gegensatz zwischen «wir Christen» und «ihr Muslime» aufstellt, grenzt man Leute aus, das führt zu Frustration und auch Radikalisierung.

Frankreich hat die Muslime nicht ausgeschlossen, sondern das Problem zur Seite geschoben, in reale und geistige Ghettos. Sie können jetzt schon sagen, dass wir die Problematik überbewerten. Aber das Verdrängen, das zum Entstehen von Parallelgesellschaften führt, ist hochgefährlich. Die Muslime müssen bereit sein, ihre Kulturfreiheit einschränken zu lassen, wenn demokratische und rechtsstaatliche Regeln das verlangen. Die Kirchen machen das, ebenso die Juden.

Wo halten sich Muslime nicht an die Regeln?

Wenn sie den Handschlag verweigern. Oder dort, wo es im Namen der Glaubensfreiheit einen offenen Dissens gibt zu unseren Werten.

Das klingt abstrakt. Wo soll sich denn die Rückbesinnung auf eine christliche «Leitkultur» konkret in der Politik zeigen?

Die soziale Marktwirtschaft, eine starke Volksschule oder der Respekt vor der Schöpfung in Umweltfragen sind Ausprägungen davon. In der Zuwanderung geht es darum, Gastfreundschaft hochzuhalten, aber auch Rechtsstaatlichkeit. Wenn wir nicht nach diesen Werten leben würden, hätten wir in unserem Land nicht einen der höchsten Auslän-

deranteile weltweit und eine bemerkenswerte Integrationsleistung. Aber in der Asylpolitik gehört es auch dazu, den Rechtsstaat in individuellen Härtefällen durchzusetzen. Es ist nicht christlich, wenn beispielsweise der Kanton Waadt nach dem Abschluss von einwandfreien juristischen Verfahren abgewiesene Asylbewerber nicht ausschafft.

Sie haben auch einen Religionsartikel in der Verfassung angeregt.

Ja, da ist die Frage, wie wir mit der Burkaverbots-Initiative umgehen. Die Zustimmung des Volkes wäre ihr sehr wahrscheinlich sicher. Aber das ist für mich keine Lösung des Problems. Wir sollten nicht isoliert über die Burka diskutieren, es geht ja vielmehr grundsätzlich um das Verhältnis von Rechtsstaat und Fundamentalismus.

Im Nationalrat stimmte die CVP mehrheitlich für ein isoliertes Burkaverbot.

Wir sagten Ja zur parlamentarischen Initiative von SVP-Nationalrat Walter Wobmann im Wissen darum, dass es bei der Umsetzung eines solchen Vorstosses extrem viel Spielraum gibt. Es geht uns darum, eine breitere Diskussion zu führen – und das Produkt davon kann ein Religions- oder Fundamentalismus-Artikel sein. Ich will nicht den Fehler wiederholen, den wir bei der Minarettinitiative gemacht haben. Es ging damals ja auch nicht wirklich um die vier Türme. Wir haben in der direkten Demokratie das Phänomen, dass die Stimmbürger bei symbolischen Initiativen Signale setzen können. Darauf müssen wir Antworten finden.

Angela Merkel sagte, der Islam gehöre zu Deutschland. Gehört er zur Schweiz? Nein. Nicht im Sinne einer historischen Prägung des Landes und der Kultur.

«Ein Vorwurf der Fundamentalisten an den Westen ist: Ihr glaubt an nichts mehr!»

Das Judentum hingegen schon?

Indirekt, weil wir jüdisch-christliche Wurzeln haben. Aber die hier lebenden Juden gehören natürlich zur Schweiz – so wie die Muslime auch. Eine friedliche Koexistenz der Religionen ist in Europa möglich.

Ist es für Sie denkbar, dass islamische Gemeinschaften öffentlich anerkannt werden, ähnlich wie die Landeskirchen?

Das ist keine Option. Ich glaube, das wünschen die Muslime selber auch gar nicht. Man verspricht sich von der Anerkennung vielleicht eine integrative Wirkung. Aber es ist doch umgekehrt: Die Anerkennung kann nur eine Folge einer abgeschlossenen Integration sein.

Und diese Integration des Islams könnte nicht irgendwann erreicht sein?

Das schliesse ich aus. Ich habe erhebliche Zweifel, dass gewisse Ausprägungen des Islams mit dem Rechtsstaat kompatibel sind.

Damit bestrafen Sie freilich die gemässigte Mehrheit der Muslime für das Treiben einer radikalen Minderheit.

Ich bestrafe niemanden, denn die jetzige Situation ist für die Muslime ja gar kein Problem. Nur weil eine Mehrheit von ihnen friedlich hier lebt, erwächst daraus noch kein Anspruch auf eine öffentliche Anerkennung.

Interview: gmü./hhs.

Interview: Heidi Gmür, Simon Hehli

«Ich hätte auch gerne den einen oder anderen Chefredaktor»

Es fällt in letzter Zeit auf, dass Sie immer wieder Seitenhiebe gegen die Medien austeilen. Was frustriert Sie derart?

Ich interessiere mich eben sehr stark für die Medien und kommentiere auch gerne, was ich in den Zeitungen lese – klar, mache ich mir damit nicht nur Freunde. Als CVP-Präsident stelle ich einfach fest, dass es für uns schwieriger ist als für andere Parteien, unsere Standpunkte in den Medien zu platzieren.

Und woran liegt das in Ihren Augen?

An den Besitzverhältnissen in diesem Land – und das ist jetzt keine Verschwörungstheorie! Die CVP hat keinen guten Zugang zu den Medien. Ich hätte auch gerne den einen oder anderen Chefredaktor, der einfach immer gut findet, was wir machen. Um jetzt mal nicht die NZZ als Beispiel zu nehmen: Im Aargau hat der Freisinnige Peter Wanner ein

Monopol als Verleger. Umso wichtiger wäre es, dass die SRG-Sender ein starkes Gegengewicht bilden. Das tun sie nicht.

Ist es nicht auch so, dass die CVP selber zu wenig gut kommuniziert?

Da, wo es an uns liegt, versuche ich es zu ändern. Meine Twitter-Aktivitäten sind vor diesem Hintergrund zu sehen, man muss euch Medienvertreter ab und zu ein bisschen nerven (lacht).

Würden Sie gerne gleich ganze Zeitungen kaufen, wie das andere Parteien tun?

Wir sind die Partei des Mittelstandes und können uns solche Abenteuer nicht leisten. Aber die Medienlandschaft verändert sich unglaublich schnell. Das ist eine Chance für die CVP: Die etablierten Medien verlieren ihre Deutungshoheit. Durch die sozialen Medien oder Newsletters können wir unsere Positio-

nen an den Medien vorbei direkt zu den Leuten bringen.

Eine ungefilterte Propagandamaschine!

Nein, aber die Bürger beurteilen die Parteien sowieso immer weniger danach, was sie in den Zeitungen lesen.

Würden Sie denn bestreiten, dass die klassischen Medien gerade in der direkten Demokratie essenziell sind?

Ich bin nicht pessimistisch. Es ist wie mit den Büchern. Ich lese sie auf Papier, aber jene, die 20 Jahre jünger sind, haben sich schon an E-Books gewöhnt. Dank dem Internet findet eine unglaubliche Demokratisierung der Information statt. Das ist doch für unser Politsystem eine riesige Chance! Es braucht aber weiterhin die Einordnung, diese Funktion wird der Journalismus behalten.